

08.01.2016

40. Klausurtagung in Wildbad Kreuth

Impulsgeber für Berlin

Begrenzung der Flüchtlingsströme, Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Europa und die Wirtschaftspolitik – diese Themen standen im Mittelpunkt der 40. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kreuth. Kreuth ist „Impulsgeber, Taktgeber, Antreiber für die Berliner Politik“, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt.



Foto: Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

2015 war ein schwieriges Jahr, stellte Hasselfeldt fest – Flüchtlingsströme, Terrorismus, Schuldenkrise. Aber zur Realität gehöre auch, dass es seit langem keine so gute Arbeitsmarktentwicklung gegeben habe. Wichtig sei deshalb, hier jetzt keine Fehler zu machen, erklärte die Vorsitzende. Als Beispiel nannte sie die zunehmende Bürokratisierung bei Zeit- und Werkverträgen.

„Wir sind gut gewappnet für das, was noch vor uns liegt in Berlin“, resümierte Hasselfeldt zum Abschluss der

Klausurtagung. Denn auch 2016 würden die Probleme nicht kleiner. Vorrangiges Thema, so die CSU-Politikerin, sei die Flüchtlingskrise: „Wir müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln an einer weiteren Begrenzung der Flüchtlingszahlen arbeiten.“ Dabei könne eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr als Orientierungsgröße dienen. Auch Deutschland könne nicht mehr leisten als das, was an Aufnahmekapazität und Integrati-

Die Herausforderungen bleiben

onsfähigkeit möglich sei. Nur auf europäische Lösungen zu setzen, sei zu kurzfristig und löse das Problem nicht. Für die Menschen mit Bleibeperspektive müsse Integration als Aufgabe aller Beteiligten begriffen werden. Deshalb seien Integrationsvereinbarungen wichtig, stellte sie fest.

In sieben Papieren formulierten die CSU-Landesgruppe ihre Positionen: zur Asylpolitik, zur Terrorismusbekämpfung, zur Integration, zur Arbeitsmarktpolitik, zur Armutsmigration, zur Zukunft Europas und zur Bundeswehr.

Ein festlicher Abend anlässlich des 40. Jubiläums rundete die Klausurtagung ab. Viel gelacht wurde über die kabarettistische Einlage von Wolfgang Krebs, der seinen ganz speziellen Blick auf die Geschichte Kreuths präsentierte. Die ehemaligen Landesgruppenvorsitzenden Wolfgang Bötsch, Theo Waigel und Michael Glos trugen ebenfalls die eine oder andere Anekdote bei.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei unserer 40. Klausurtagung in Kreuth haben wir mit hochrangigen Gästen aktuelle Herausforderungen in der Wirtschafts- und Europapolitik, im Bereich Asyl und Flüchtlinge sowie der inneren und äußeren Sicherheit diskutiert und unsere politische Agenda für 2016 festgelegt.

Mit dem britischen Premierminister Cameron sind wir uns einig, dass die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union gestärkt werden muss, dass wir stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft achten und überbordende Bürokratie abbauen müssen. Die Freizügigkeit in der Europäischen Union darf nicht zur Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme missbraucht werden, das untergräbt ihre Akzeptanz bei den Bürgern. Wir müssen die Debatte über notwendige Reformen offen führen und gemeinsame Lösungen mit unseren Partnern finden.

Mit Bundeskanzlerin Merkel sind wir uns einig, dass wir den Zustrom an Flüchtlingen begrenzen müssen. Die bereits beschlossenen Maßnahmen müssen konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. Ein Zustrom wie 2015 würde die Aufnahmekapazität und Integrationskraft unseres Landes auf Dauer überfordern. Deswegen haben wir vorgeschlagen, Personen ohne gültige Ausweispapiere bereits an der Grenze zu unseren Nachbarstaaten zurückzuweisen. Zur besseren Integration von Menschen mit Bleibeperspektive wollen wir verbindliche Integrationsvereinbarungen, deren Nichtbefolgen Leistungskürzungen zur Folge hat.

2016 wird kein einfaches Jahr, aber wir stellen uns den Herausforderungen.

Dr. Reinhard Brandl MdB

Die Bundeskanzlerin in Kreuth

Merkel: Herausforderungen gemeinsam angehen

„Wir sind uns vollkommen einig darin, dass wir die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren müssen“, unterstrich Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in Wildbad Kreuth. Aber auch andere Themen wie TTIP und die wirtschaftliche Entwicklung standen auf der Tagesordnung. Merkel kam als erster deutscher Regierungschef überhaupt zu einer Kreuther Klausurtagung der CSU-Landesgruppe.



Foto: Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

„Im vergangenen Jahr sind wir in kaum erwarteter Weise mit der Globalisierung konfrontiert worden“, sagte Bundeskanzlerin Merkel. Nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem die internationalen Krisen und Kriege hinterließen mit den Flüchtlingsströmen ihre Spuren. Zur Lösung aber,

so Merkel, befinde man sich in einem Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite gehe es um die Erhaltung der Freizügigkeit innerhalb der EU und andererseits um die Reduzierung der Flüchtlingszahlen sowie eine faire Verteilung in Europa. Merkel unterstrich: Der überwiegende Teil der Flüchtlinge

bekomme in Deutschland kein Asyl, sondern lediglich einen befristeten Aufenthaltsstatus nach Genfer Flüchtlingskonvention. Ziel dieser ist es, dass Flüchtlinge – wenn sich der Zustand im Herkunftsland verbessert hat – wieder dorthin zurückkehren. Das muss der Grundsatz sein, so Merkel.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise benötige man vor allem einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen und verbindliche Vereinbarungen mit der Türkei, so Merkel. Doch diese Schritte seien mühsam, dafür benötige sie Zeit. Aber auch sie, und dies betonte Merkel deutlich, wolle nicht, dass Deutschland alle aufnehme, die hierher wollten.

Diese Woche

40. Klausurtagung in Wildbad Kreuth	
Impulsgeber für Berlin	1
Die Bundeskanzlerin in Kreuth	
Merkel: Herausforderungen gemeinsam angehen	2
Britischer Premier zu Gast	
Cameron: „Ich möchte die Zukunft Großbritanniens in einer reformierten EU sichern“	3
Weise zu Gast in Kreuth	
Rückstau 2016 schnell abbauen	4
Terrorismusforscher Neumann in Kreuth	
Eine neue Qualität des Terrorismus	5
Gespräch mit Guido Wolf	
Starke Südschiene	5
Presseschau	
Medienecho im Schnee	6
Das war Kreuth 2016	6

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Matthias Tunger

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Beschluss

Begrenzung der Flüchtlingszahlen

Der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Doch die Aufnahmekapazität und die Integrationskraft sind nicht unendlich. Ein Beschluss zur Reduzierung und Begrenzung der Flüchtlingszahlen:

- ◆ Um den Zustrom nach Europa einzudämmen, müssen die Ursachen für Flucht, Vertreibung und für Migration aus rein wirtschaftlichen Gründen bekämpft werden.
- ◆ Kurzfristig ist eine umfassende finanzielle und logistische Unterstützung der Menschen in den Flüchtlingslagern im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika erforderlich.
- ◆ Verstärkte diplomatische Anstrengungen zur Lösung des Syrienkonflikts müssen im Mittelpunkt stehen.
- ◆ Nach Ende der Auseinandersetzungen sollten Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.
- ◆ Es muss ureigenstes Interesse der Europäischen Union sein, ihre Außengrenzen zu sichern. Bei Menschen ohne dauerhafte Bleibeperspektive wäre es humaner, bereits die Einreise nach Europa zu verhindern.
- ◆ Die elf Hotspots an den EU-Außengrenzen müssen endlich in Betrieb gehen.
- ◆ Das Europäische Asylrecht muss weiterentwickelt werden. Es ist um die Möglichkeit der Einführung von anrechenbaren Flüchtlingskontingenten, eines Solidaritätsmechanismus und Obergrenzen zu ergänzen.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert, dass eine Einreise nach Deutschland nur dann möglich ist, wenn gültige Ausweisdokumente vorgezeigt werden können. Andernfalls sind Personen an der Grenze zurückzuweisen.
- ◆ Leistungen für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sind regional besser zu koordinieren.
- ◆ Um eine gerechtere Verteilung der anerkannten Asylbewerber innerhalb Deutschlands zu gewährleisten, ist jegliche Leistungserbringung an den zugewiesenen Wohnort zu knüpfen.
- ◆ Abschiebungen und freiwillige Ausreisen müssen erleichtert werden. Straffällige Asylbewerber sollten bereits aufgrund von Bewährungsstrafen abgeschoben werden können.

Britischer Premier zu Gast

Cameron: „Ich möchte die Zukunft Großbritanniens in einer reformierten EU sichern“

„Wir haben ein großes Interesse daran, dass Großbritannien als wichtiger und aktiver Partner in einer starken Europäischen Union bleibt“ – mit diesen Worten begrüßte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt den britischen Premierminister David Cameron in Kreuth.

Für den britischen Premierministerminister war es schon der zweite Besuch: Es ist neun Jahre her, dass er – damals noch als Oppositionsführer – als Gast bei der CSU-Landesgruppe sprach. Wie damals gebe es viele Gemeinsamkeiten in der Europapolitik, auch und gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, betonte Hasselfeldt. Deshalb liege ein Verbleib der Briten in der EU sehr im Interesse Deutschlands. „Wir sollten die Diskussion über einen Verbleib Großbritanniens in der EU auch als Chance zur Belebung der Diskussion über die Zukunft der EU und die Bewältigung der Flüchtlingskrise begreifen“, so die CSU-Politikerin.

Die CSU-Landesgruppe plädiert in ihrem Beschluss zur Europapolitik dafür, stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu achten und überbordende Bürokratie abzubauen. Die Freizügigkeit in der Europäischen Union dürfe nicht zur



Foto: Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme missbraucht und die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union müsse gestärkt werden.

Cameron betonte die gemeinsamen Grundüberzeugungen: Geld müsse erst einmal verdient werden, bevor man es ausgeben könne, Unternehmen müssten unterstützt werden, um

Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, die transatlantischen Beziehungen müssten gestärkt und der Terrorismus bekämpft werden. Er stellte seine vier Reformforderungen vor und gab sich zuversichtlich, dass die Briten beim Volksentscheid für den Verbleib in der EU stimmen werden. „Mein Ziel ist klar. Ich möchte die Zukunft Großbritanniens in einer reformierten EU sichern.“

Beschluss

Europa gemeinsam gestalten

Europa wird derzeit auf eine harte Probe gestellt: Terror, Staatsschuldenkrise, Flüchtlingsströme. Umso wichtiger sind Rechtstreue, Solidarität und Subsidiarität. Ein Beschluss für Europas gemeinsame Zukunft:

- ◆ Die Beugung des EU-Rechts durch einige Mitgliedstaaten in der Staatsschuldenkrise wie auch in der Flüchtlingskrise hat das Vertrauen in die EU als Gemeinschaft erschüttert.
- ◆ Solidarität und Verantwortung sind EU-Leitprinzipien: Wer auf der einen Seite Solidarität einfordert, muss auch bereit sein, gemeinsam Lasten zu tragen.
- ◆ Die EU braucht heute ein freiheitliches Denken und Pragmatismus mehr denn je. Die CSU-Landesgruppe will starke Zusammenarbeit wo und wenn nötig, aber Eigenverantwortung wo möglich.
- ◆ Eine Erweiterung der EU ist nur möglich, wenn die Union im Innern gefestigt ist. In absehbarer Zeit kann es daher zu keiner Erweiterung kommen.
- ◆ Neben dem Europäischen Parlament müssen die nationalen Parlamente mehr noch als bisher in die Politik einbezogen werden. Ein Vetorecht für eine Gruppe von Parlamenten kann ein sinnvolles Mittel sein. Zudem sind tiefgreifende Reformen der EU nötig.
- ◆ Zur Sicherung der EU-Außengrenzen ist die Grenzschutzagentur Frontex zu stärken.
- ◆ Die Staatsschuldenkrise hat die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Eurozone klar gezeigt: Schuldenmachen ist der falsche Weg. Die betroffenen Staaten müssen Reformen auf den Weg bringen. Die Vergemeinschaftung von Schulden wird abgelehnt.
- ◆ Um Sicherheit und Frieden voranzubringen, braucht es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Europäische Armee sollte Ziel der Entwicklung sein.
- ◆ Die gemeinsame Agrarpolitik muss zukunftsfest gemacht werden: Es braucht auch nach 2020 ein leistungsfähiges System der Direktzahlungen.

Beschluss

Freizügigkeit schützen

Die CSU-Landesgruppe steht zur Freizügigkeit der EU, duldet aber keinen Missbrauch. Ein Beschluss gegen die Armutsmigration:

- ◆ Jeder Missbrauch durch Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme gefährdet die Akzeptanz der Freizügigkeit der Europäischen Union.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert, dass der Anspruch auf Sozialleistungen für mindestens zwölf Monate ausgeschlossen wird. Die Grundversorgung soll in diesen Fällen weiterhin über den Herkunftsstaat erfolgen.
- ◆ Bei fehlendem Willen zur Erwerbstätigkeit muss dieser Missbrauch der Freizügigkeit verhindert werden.
- ◆ (Familien-)Leistungen, die nicht an eine Erwerbstätigkeit geknüpft sind, müssen auf den Prüfstand.
- ◆ Unter anderem muss dringend eine Anpassung des Kindergeldbezugs an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes erfolgen.

Weise zu Gast in Kreuth

Rückstau 2016 schnell abbauen

Er brauche das Vertrauen der Politik, so Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration (BAMF), der gleichzeitig auch Chef der Bundesagentur für Arbeit ist. Denn die Zustände in den Behörden seien nicht optimal. Er verspricht für 2016 jedoch Besserung.



Foto: picture alliance / dpa

Derzeit gibt es in Deutschland noch 660 000 unbearbeitete Asylanträge. Das berichtete Frank-Jürgen Weise bei seinem Besuch auf der Klausurtagung. „In 2016 werden wir den Rückstau gut, sorgfältig und schnell bearbeiten“, ergänzte Weise. Dazu benötige man derzeit nicht mehr Personal als jetzt genehmigt wurde, stellte der Chef des Bundesamtes klar. Denn mehr Personal könne man gar nicht einarbeiten, vielmehr gehe es darum, die Strukturen in den Behörden anzupassen.

Es sei gemeinsames Ziel, die Asylverfahren schnell zu bewerkstelligen, unterstrich auch Gerda Hasselfeldt. Dabei gehe es einerseits darum, abgelehnte Bewerber auch abzuschieben und andererseits Personen mit Bleiberecht zügig zu integrieren. Wichtig, so ergänzte Weise, sei im Falle der Integration eine enge Zusammenarbeit zwischen BAMF und der Bundesagentur für Arbeit. Denn 70 Prozent der Bleibeberechtigten seien erwerbsfähig. Die gelte es, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Beschluss

Keine Experimente

Die Arbeitslosenzahlen auf Rekordtief, die Wirtschaft wächst – Deutschland geht es gut. Ein Beschluss, damit dies so bleibt:

- ◆ Bürokratie darf nicht zum Hindernis werden.
- ◆ Die Reformbaustelle Mindestlohn darf nicht weiter ausgesessen werden: Die Landesgruppe setzt sich dafür ein, bestehende Rechtsunsicherheiten zu beseitigen sowie Vereinfachungen und Erleichterungen für die Betriebe zu erreichen.
- ◆ Zeitarbeit ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument. Sie soll als Beschäftigungsinstrument gestärkt werden, darf aber nicht zu Lohndumping führen. Wir stehen zum Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- ◆ Der Missbrauch von Werkverträgen muss wirksam verhindert werden – grundsätzlich jedoch spielen Werkverträge im Handwerk und in der Industrie gleichermaßen eine zentrale Rolle und sind unverzichtbar.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe ist für mehr Transparenz in der Entgeltgleichheit, wobei verstärkt die Chancengleichheit von Männern und Frauen im Beruf betrachtet werden muss. Es gilt, die Rahmenbedingungen zu verbessern, ohne überbordende Bürokratie zu schaffen.

Beschluss

Miteinander – nicht nebeneinander

Jeden Tag kommen tausende Menschen nach Deutschland. Sie sind aus einer anderen Kultur, sprechen eine andere Sprache, leben andere Werte. Vielen gelingt die Integration, anderen – insbesondere Flüchtlingen und Asylbewerbern – fällt dies schwerer. Die CSU-Landesgruppe fordert in ihrem Beschluss eine verpflichtende Integrationsvereinbarung für Flüchtlinge:

- ◆ Integration funktioniert nicht ohne Mitwirkung. Die CSU-Landesgruppe möchte Flüchtlinge und Asylbewerber sowohl fördern als auch fordern.
- ◆ Deutschland bietet den Menschen eine neue Heimat, als Gegenleistung wird ein starker Wille zur Integration erwartet.
- ◆ Integration lebt von der Begegnung und dem Austausch: Eine Burka oder Ganzkörperverschleierung steht dem Prinzip der Offenheit genauso entgegen wie eine „Scharia-Polizei“.
- ◆ Es geht nicht um milliardenschwere Förderprogramme oder Grundgesetzänderungen, sondern um die Bereitschaft, sich auf Integration einzulassen.
- ◆ Diese Integrationsbereitschaft muss verbindlich eingefordert werden – durch eine individuelle Integrationsvereinbarung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese Integrationsvereinbarung liefert zugleich die Grundlage für mögliche Leistungskürzungen im Falle des Nichtbefolgens.
- ◆ In dieser Integrationsvereinbarung muss ebenfalls verpflichtend festgeschrieben werden, dass alle Kinder, Frauen und Männer an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Durch ein umfangreiches Angebot von Bund und Ländern besteht bereits im Ausland, aber auch vom ersten Tag an in Deutschland die Möglichkeit, Deutsch zu lernen.
- ◆ Die beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge sind möglichst frühzeitig festzustellen.
- ◆ Andere Bundesländer sollen dem Beispiel Bayerns folgen und Bündnisse mit Wirtschaft, Handel und Handwerk eingehen, um so den Berufseinstieg für Menschen mit Bleibeperspektive zu erleichtern.
- ◆ Integration darf nicht bei der Wohnungssuche scheitern. Die CSU-Landesgruppe setzt sich für eine Investitionsoffensive im Wohnungsbau ein, die allen zu Gute kommt.
- ◆ Das Ehrenamt ist weiter zu fördern. Es muss Raum für Vorbilder geschaffen werden. Bürokratische Hürden sollen reduziert werden.

Terrorismusforscher Neumann in Kreuth

Eine neue Qualität des Terrorismus

Der Anschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015, kein Jahr später der Terror von Paris: Der dschihadistische Islamismus ist die politische Herausforderung für die kommende Generation, sagte Peter Neumann, Islamismusforscher am King's College in London.



Foto: Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Im Kampf gegen den Terrorismus gehe es letztlich um die Bewahrung der demokratischen Grundordnung, stellte Neumann vor den CSU-Bundestagsabgeordneten klar. Die jetzige Form des Terrorismus habe eine neue Qualität, Quantität und Intensität. Den sogenannten Islamischen Staat (IS) könne man beispielsweise nicht mit Al-Qaida oder der RAF der 1970er Jahre vergleichen. Denn der IS sei mehr als eine Terrorgruppe, er besitze eine andere Staatlichkeit. Es sei deshalb Auftrag der Politik, so der

Terrorexperte, nicht nur in Einzelfällen nachzujustieren, sondern ein neues nationales Konzept gegen den Terrorismus zu entwickeln. Dreh- und Angelpunkt sei in seinen Augen dabei die Türkei und deren offene Grenze.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger bekräftigte, dass die CSU als Partei der inneren und äußeren Sicherheit die zunehmende Bedrohung durch den Terrorismus besonders ernst nehme.

Beschluss

Terrorismus wirksam bekämpfen

Die Terroranschläge von Paris haben gezeigt, dass in Europa dringend ein ganzheitlicher Ansatz im Kampf gegen den Terror benötigt wird. Terrorismus endet nicht an der Grenze. Ein Beschluss für mehr Sicherheit:

- ◆ Ziel ist es, dass Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Terrorismus einnimmt.
- ◆ Dem Terrorismus sind die finanziellen Grundlagen zu entziehen. Dafür müssen die entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates vollständig umgesetzt werden.
- ◆ Nötig ist, endlich das Recht der Vermögensabschöpfung zu novellieren, die persönliche Identifizierung ab einem Betrag von 50 Euro zu ermöglichen und einen international geltenden Rechtsrahmen für Onlinewährungen wie Bitcoin zu schaffen.
- ◆ Propaganda ist zu verhindern. Die Betreiber von sozialen Medien müssen eine Weiterverbreitung von gewaltverherrlichenden und extremistischen Inhalten von sich aus unterbinden.
- ◆ Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen muss wieder komplett unter Strafe gestellt werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert, konsequent gegen Gefährder vorzugehen und bereits Verurteilte mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel zu überwachen.
- ◆ Personen, die für eine Terrormiliz gekämpft haben und eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, ist die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen.
- ◆ Um Radikalisierung zu verhindern, sollen Beratungsstellen rund um die Uhr verfügbar sein. Präventions- und Aufklärungsprogramme sowie Aussteigerprogramme müssen weiterhin von Bund und Ländern finanziell unterstützt werden.

Gespräch mit Guido Wolf

Starke Südschiene

„Wir haben ein gemeinsames Interesse bei allen Fragen, die den Mittelstand betreffen“, so die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Gespräch mit Guido Wolf. Der Spitzenkandidat der CDU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg war zu Gast in Kreuth.

Wolf betonte ebenfalls die Gemeinsamkeiten beider Länder, zum Beispiel in der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik sowie in der Wirtschaftspolitik. Die Einladung nach Kreuth sei Ausdruck einer starken Südschiene, so Wolf. „Wir brauchen einen starken Partner im Süden des Landes“, stimmte Hasselfeldt zu.



Foto: picture alliance / dpa

Beschluss

Stärkere Bundeswehr

Krisen und Kriege bestimmen derzeit die Welt. Deutschland muss Verantwortung übernehmen. Ein Beschluss für eine stärkere Bundeswehr:

- ◆ Die Anforderungen an die Bundeswehr können nur mit mehr zivilem Personal und mehr Soldaten erfüllt werden.
- ◆ Die finanzielle und materielle Ausstattung der Bundeswehr muss verbessert werden.
- ◆ Ausbildungs- und Übungstätigkeit sind elementar für erfolgreiche Einsätze.
- ◆ Das stärkere außen-, entwicklungs- und verteidigungspolitische Engagement der Bundesregierung ist zu begrüßen.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe setzt sich für die Erarbeitung eines nationalen Sicherheitskonzeptes ein. Grundsätzlich muss der Einsatz der Bundeswehr im Inneren möglich sein und deshalb eine entsprechende Grundgesetzänderung ins Auge gefasst werden.

Presseschau

Medienecho im Schnee

Die Aufmerksamkeit war groß. Drei Tage lang tagte die CSU-Landesgruppe auf ihrer Klausur in Wildbad Kreuth. Ebenfalls dabei: rund 180 Journalisten von Rundfunk, Online und Print. Und das war die Klausurtagung 2016 in der Presse. Eine Auswahl:

Welt: Aus einer Obergrenze wird eine Orientierungsgröße: In Wildbad Kreuth einigen sich Merkel und die CSU auf eine gemeinsame Sprachregelung zu Flüchtlingen

Bild: Kanzlerin besucht CSU-Klausur... Diese Premiere wird spannend!

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Heimspiel in den bayerischen Bergen: Der britische Premierminister Cameron erntet in Wildbad Kreuth viel Applaus

Focus Online: „Das wird hart“: David Cameron spricht mit der CSU über möglichen EU-Austritt

Münchener Merkur: Protokollarisch hat die CSU zu ihren Januar-Klausuren hochrangige Gäste eingeladen.

Süddeutsche Zeitung: Coolisse



Foto: CSU-Landesgruppe

Taz: Völker, schaut auf dieses Kaff!... Endlich ist die CSU wieder so richtig wichtig

Passauer Neue Presse: Merkels Premiere im Kreuther Tal: Ein amtierender Regierungschef war noch nie bei der CSU in Wildbad Kreuth

Handelsblatt: Zu Gast bei Freunden: Lächelnd plaudernd betreten Großbritanniens Premier David Cameron und die CSU-Landgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt am Donnerstag das Tagungshaus von Wildbad Kreuth

Das war Kreuth 2016



Fotos: Joerg Koch / CSU-Landesgruppe